

KOMPAKT

Mangelndes Angebot

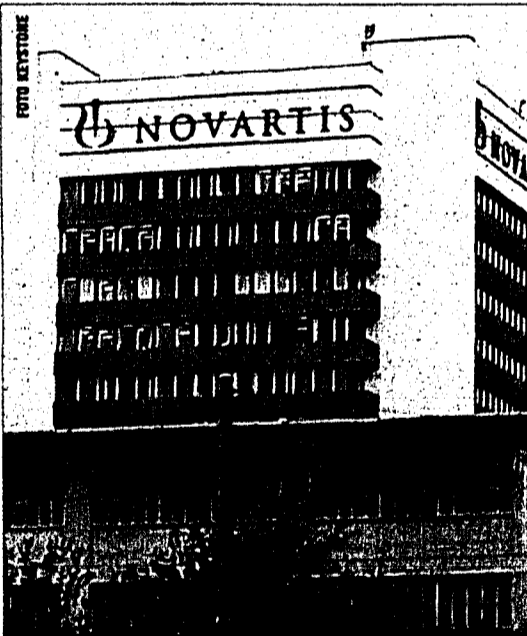
NEW YORK/WIEN – Der Ölpreis ist am Freitag wieder kräftig gestiegen. Grund ist die wachsende Sorge über ein zu geringes Angebot. Ein Fass der Nordseesorte Brent kostete am Freitagmittag im elektronischen Handel 43.37 Dollar. Das sind 1.52 Dollar mehr als am Vortag. Für ein Fass der US-Sorte West Texas Intermediate wurden 46.74 Dollar bezahlt, 36 Cent mehr. «Die Preise liegen wegen der geringen Heizölvorräte in den USA und des kalten Wetters wieder deutlich zu», erklärte ein Händler. (sda)

Unter dem Hammer

MOSKAU – Der russische Ölkonzern Jukos wird noch dieses Jahr zerschlagen. Die wichtigste Produktionstochter Juganskneftegas wird am 19. Dezember versteigert, um die Steuerschulden von Jukos zu begleichen. Konzernchef Theede, der für den Fall einer Zerschlagung wiederholt vor einer Pleite gewarnt hatte, sprach am Freitag von einem «staatlich organisierten Diebstahl mit politischen Zielen». Juganskneftegas steht für 62 Prozent der Produktion des grössten russischen Ölkonzerns. Theede griff den Staat scharf an. «Diese Enteignung macht den Schutz privaten Eigentums zu einer Farce.» Das Verhalten der Regierung sei eine «Missachtung des Rechtsstaates». (sda)

500 Millionen Dollar

HOUSTON – Die Angestellten der US-Fluggesellschaft Continental Airlines sollen bis zum 28. Februar Konzessionen bei Gehältern und Nebenleistungen von jährlich 500 Mio. Dollar machen. Dies teilte die Fluggesellschaft am Donnerstag nach Börsenschluss mit. Das sei das «absolute Minimum», um ein Überleben zu sichern, erklärte der scheidende Continental-Konzernchef Gordon Bethune. Continental ist die letzte der grossen traditionellen US-Fluggesellschaften, die neue weit reichende Zugeständnisse von ihren Beschäftigten verlangt. Das Unternehmen hatte bereits Kostensenkungen von 1,1 Mrd. Dollar angekündigt. (sda)



Novartis erhöht Lohnsumme

BASEL – Der Basler Pharmakonzern Novartis erhöht die Lohnsumme im kommenden Jahr um 2,3 Prozent. Nach 2002 haben sich die Novartis-Firmenleitung und die Arbeitnehmerorganisationen zum zweiten Mal auf einen Lohnabschluss einigen können. Von der Erhöhung des Grundgehalts sollen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit guter Leistung profitieren, teilte Novartis am Freitag mit. Gemäss den Arbeitnehmerorganisationen wird damit per 1. April 2005 das Grundgehalt für 95 Prozent der Belegschaft angehoben werden. Mitarbeitende mit guter Leistungsbeurteilung könnten mit mindestens 1300 Fr. mehr Jahresgrundgehalt rechnen, schreiben der Novartis-Angestelltenverband und der Arbeitnehmerverband VSAC. Bei tieferen und mittleren Einkommen falle die Lohnhöhung prozentual höher aus, womit die Lohnschere leicht geschlossen werde. Auch die Gewerkschaft GBI zeigte sich in einer Mitteilung mit dem Lohnabschluss «befriedigt»: Das Bild, das Novartis von sich gebe, «helle sich auf». (sda)

G20-Treffen in Berlin

Finanzwelt erhofft sich Aussagen zum schwächelnden Dollar

BERLIN – Die Finanzminister und Notenbankchefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) kommen an diesem Wochenende in Berlin zusammen. Die G20 kehrt damit fünf Jahre nach ihrer Gründung an ihren «Geburtsort» zurück.

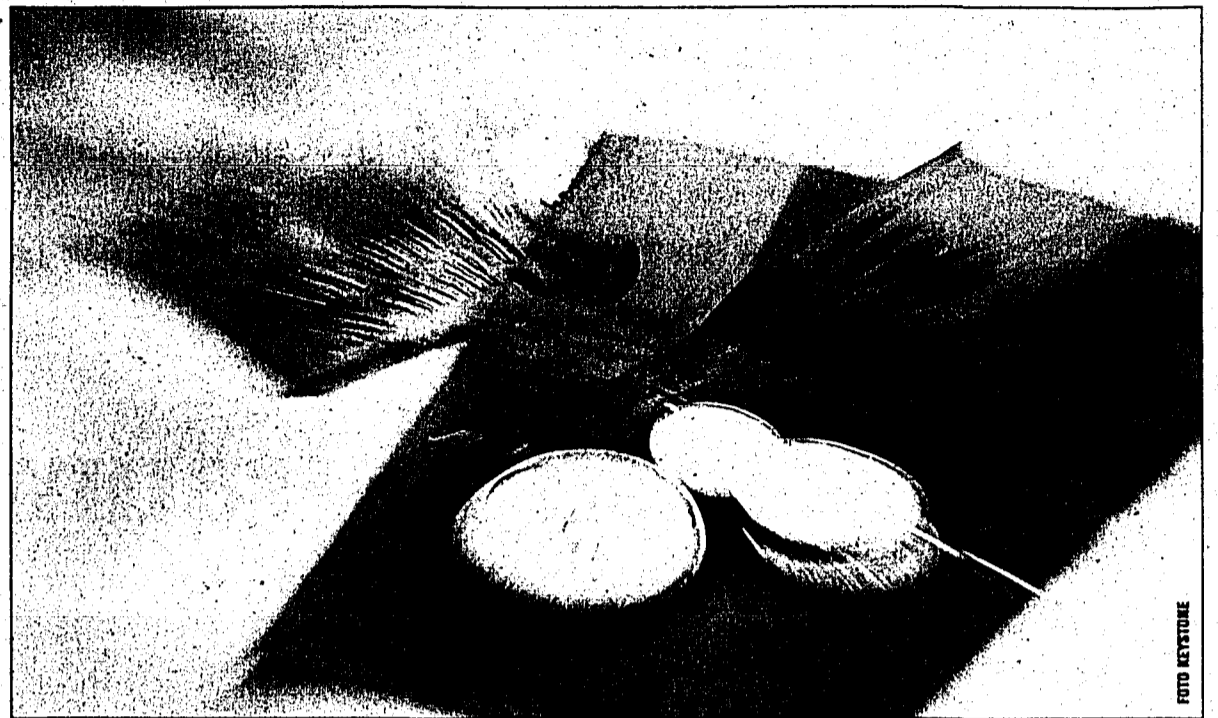
Die Finanzwelt erhofft sich vor allem neue Erkenntnisse über die Devisenmärkte, insbesondere zum Euro-Höhenflug gegenüber einem schwächer werdenden Dollar. Dies ist allerdings kein offizieller Punkt auf der Traktandenliste. Thematisiert werden vielmehr die Konjunktur, die Ölpreise, Fragen der Energieeffizienz, der Kampf gegen Geldwäscherei, unfaire Steuerpraktiken sowie Terrorismusfinanzierung.

Gesprochen wird auch über Regeln für den Umgang mit überschuldeten Schwellenländern.

Gründung im Jahr 1999

Der 1999 gegründeten Gruppe gehören neben den sieben führenden Industriestaaten (G7) und der EU auch Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Korea, Mexiko, Russland, Türkei, Saudi-Arabien und Südafrika an. Auch die Spitzen von IWF und Weltbank nehmen am Treffen teil.

Offiziell sind die G20 kein Forum für die Wechselkurse. Mit den



Die Finanzwelt erhofft sich vom G20-Treffen vor allem neue Erkenntnisse über die Devisenmärkte.

USA, Japan, China und der EU kommen aber wichtige Akteure zusammen. Auf die G20 entfallen mehr als 60 Prozent der weltweiten Währungsreserven. Das Treffen in Berlin wäre also ein gutes Umfeld für gemeinsame Beschlüsse. US-Finanzminister John Snow hatte aber klar Interventionen gegen einen sich schwächelnden Dollar abgelehnt. Die Interessen der Länder sind höchst unterschiedlich. Mit Saudi-Arabien, Russland, Mexiko

und Indonesien sitzen auch grosse Öllieferanten am Tisch. Die G20 sind an stabilen Ölpreisen interessiert. In Berlin geht es erneut um mehr Transparenz auf den Märkten, um Preisspekulationen und starken Schwankungen vorzubeugen. Darüber hinaus soll eine höhere Energieeffizienz erörtert werden. So soll Chinas Wachstumsboom weniger energieintensiv ausfallen. Angestrebt wird eine gemeinsame Ein-

schätzung der G20. Die G20 werden sich voraussichtlich auf einen «neuen Konsens» für dauerhaftes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum verständigen. Zur Sprache kommen dürfte auch das hohe Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizit der USA.

Im Weiteren geht es um Sorgen über ein überhitztes Wachstum in China. Ziel ist, dass die Schwellenländer zunehmend zu Stabilitätspolen werden. (sda)

Abnehmer erhalten Gnadenfrist

Swatch-Tochter liefert weiter Uhrenrohwerke

BERN – Der Streit um die Uhrenrohwerke der Swatch-Tochter ETA ist beendet. Auf Druck der Wettbewerbskommission (Weko) hat sich das Unternehmen verpflichtet, für weitere sechs Jahre Rohwerke zu liefern, wie die Weko am Freitag bekannt gab. Dies gibt den Abnehmern Zeit, eigene Fabriken zu bauen.

Der Konflikt geht auf das Jahr 2002 zurück, als die in Grenchen domizilierte ETA SA Manufacture Horlogere Suisse ihren Kunden mitteilte, die Lieferungen von Rohwerken – so genannten Ebauches – ab Anfang 2003 zu reduzieren und 2006 ganz einzustellen. Stattdessen würden nur noch fertig montierte Uhrenwerke geliefert. In der Folge reichten mehrere Kunden der Tochterfirma des Bieler Uhrenmultis Swatch Anzeige bei Weko ein.

In den anschliessenden Untersuchungen kamen die Wettbewerbsbehörden zum Schluss, dass die ETA für in der Schweiz hergestellte Ebauches bis zu einem Stückpreis von 300 Franken über eine marktbeherrschende Stellung verfügt. Die Reduktion beziehungsweise vollständige

Einstellung der Lieferungen sei als unzulässige Verweigerung von Geschäftsbeziehungen und damit als missbräuchlich im Sinne des Kartellgesetzes zu qualifizieren. Für zahlreiche Wettbewerber hätte die Umsetzung der neuen ETA-Strategie in derart kurzer Zeit faktisch das Aus bedeutet, da keine alternativen Lieferanten existierten, erklärte die Weko.

Am vergangenen 8. November erzielte die Weko mit der ETA nun folgende einvernehmliche Regelung: Das Unternehmen verpflichtet sich, bis Ende 2008 in bisherigem Umfang und anschliessend für zwei weitere Jahre in reduziertem Umfang Rohwerke für mechanische Uhrenwerke an ihre Kunden zu liefern. Durch die Weiterlieferungs-

pfligt der ETA während der nächsten sechs Jahre würden die Voraussetzungen geschaffen, dass alternative Produktionsstätten entstehen könnten. Damit sollte in Zukunft eine von Wettbewerb geprägte Marktsituation gewährleistet sein, hiess es.

Die Weko hatte die ETA bereits vor zwei Jahren angewiesen, dass sie die Rohwerke während des ganzen Verfahrens liefern müsse. Erfolglos blieb aber eine Klage der Abnehmer vor Bundesgericht gegen Preiserhöhungen der ETA um bis zu 25 Prozent.

Die Bundesrichter entschieden im vergangenen Februar, dass die Weko nicht mit vorsorglichen Massnahmen eingreifen dürfe, weil der Wettbewerb durch die Preiserhöhungen nicht auf irreversible Weise zerstört werde. (sda)



Auf Druck der Wettbewerbskommission (Weko) hat sich das Unternehmen Swatch verpflichtet, für weitere sechs Jahre Rohwerke zu liefern.

Komplexe kumulative Defizite

Greenspan besorgt wegen US-Aussenhandelsdefizit

FRANKFURT/MAIN – Das grosse Aussenhandelsdefizit der USA könnte sich nach Worten von US-Notenbankpräsident Alan Greenspan als Belastung für die amerikanische Wirtschaft erweisen.

Die Auswirkungen auf den Dollar seien nur schwer vorauszusagen, erklärte er am Freitag. Die derzeitigen Bilanzungleichgewichte müssten für sich genommen noch kein

Problem darstellen, «kumulative Defizite werfen aber komplexere Fragen auf». Der Euro war am Donnerstag auf 1.3074 Dollar und damit auf den höchsten Stand seiner Geschichte geklettert. Der 1999 eingeführte Euro hat seit seinem Tiefstand im Oktober 2000 rund 58 Prozent hinzugewonnen. Als Hauptgründe für den schwachen Dollar gelten das riesige Haushalts- und Aussenhandelsdefizit der USA. (sda)



Für den schwachen Dollar sind die riesigen Defizite verantwortlich.

ANZEIGE

PanAlpina Sicav
Alpina V

Preise vom 19. November 2004

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 50.90

Rücknahmepreis: € 49.85

Kategorie B (ausschüttend)

Ausgabepreis: € 48.80

Rücknahmepreis: € 47.83

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Austrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

ANZEIGE

LGT Precious Metal Fund

Anlagefonds für Edelmetallwerte

Inventarwert* USD 7.87

per 15.11.2004

* +/- Ausgabekommission

Informationen Tel. +423/235 20 69 · Fax
+423/235 16 33 · Internet www.lgt.com

LGT Bank